

Antrag 2025/II/Wi/Steu/5

Distrikt Meiendorf

Grundsätze für ein neues zukunftsfestes Rentensystem

- 1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag und dieser an die
- 2 SPD-Bundestagsfraktion beschließen:
- 3 1. Die Hauptursachen der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung waren und sind nicht
- 4 nur demographischer Natur, sondern auch politische Maßnahmen und wirtschaftliche Verän-
- 5 derungen. Besonders die Lobbyarbeit der Versicherungswirtschaft mit dem Schlagwort „demo-
- 6 graphischer Wandel“ hat zu Fehlorientierungen bei Politikern und der Öffentlichkeit geführt.
- 7 2. Maßgebliche sozialpolitische Zielsetzung eines gesetzlichen Alterssicherungssystems muss
- 8 auch die Vermeidung von Altersarmut sein. Die ab dem Rentenreformgesetz 1999 erfolgten Ab-
- 9 senkungen des Nettorentenniveaus müssen überprüft und korrigiert werden. Dabei kann von
- 10 Lebensstandardsicherung gesprochen werden, wenn Versicherte, die dem Alterssicherungssys-
- 11 tem langjährig als Beitragszahler angehört haben, im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit eine
- 12 Rente erhalten, die es ermöglicht, entsprechend den im Berufsleben erworbenen Lebensstan-
- 13 dard ihr Leben als Rentner in Würde und ohne sozialen Abstieg zu verbringen. Die verfügbare
- 14 Rente muss nach langem Beitragsleben in einem allgemein akzeptierten Verhältnis zum Net-
- 15 toarbeitseinkommen vergleichbarer Erwerbstätiger stehen. Die zunehmende finanzielle Belas-
- 16 tung des derzeitigen Rentensystems darf keine Entschuldigung für zunehmende Altersarmut
- 17 sein. Jeder Beitragszahler muss darauf vertrauen können, im Alter – nach jahrzehntelanger
- 18 Arbeits- und Beitragsleistung - über die gesetzliche Rente entsprechend abgesichert zu sein.
- 19 Nur die Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Altersrente kann neues Vertrauen in den
- 20 Solidarvertrag des Rentensystems begründen.
- 21 3. Alle Analysen belegen, dass die “Riesterrente” sowohl hinsichtlich ihres Verbreitungsgrades
- 22 (mengen- und zielgruppenmäßig) und auch hinsichtlich ihrer Ertragsentwicklung kein Ersatz
- 23 für das reduzierte gesetzliche Rentenniveau ist. Daher muss die gesetzliche Rentenversiche-
- 24 rung gestärkt und die Subvention für private Rentenversicherungen (bei Vertrauensschutz für
- 25 bestehende Verträge) abgeschafft werden. Ergänzend muss jeder Beitragszahler die Möglich-
- 26 keit haben im Rahmen des kostengünstigen gesetzlichen Rentensystems zusätzliche Ansprü-
- 27 che aufzubauen.
- 28 4. Die Rentenversicherung ist nicht nur zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwi-
- 29 ckeln, sondern zu einer echten Bürgerversicherung umzubauen, in der alle obligatorischen
- 30 Alterssicherungssysteme zusammengeführt und alle Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Beamte,
- 31 Selbstständige) in einer gemeinsamen Versicherung zu gleichen Konditionen abgesichert wer-
- 32 den, in der alle Steuerpflichtigen (natürliche und juristische Personen) einen einheitlichen pro-
- 33 zentualen Sozialbeitrag aus allen ihren steuerpflichtigen Einkünften leisten. Für die nach altem
- 34 Recht erworbenen Ansprüche besteht Vertrauensschutz.

35 Aufgabe einer sozialdemokratischen Reformforderung muss es auch sein, das Rententhema
36 positiv zu besetzen – auch als Maßnahme des sozialen Ausgleichs und als Schutz der künfti-
37 gen Rentner vor dem Risiko der Altersarmut. Insbesondere müssen auch jene Lebensphasen
38 besser für die Rente berücksichtigt werden, die – ohne eigenes Verschulden - ohne Erwerbs-
39 einkommen oder nur durch ein niedriges Erwerbseinkommen bestimmt sind. Dazu gehören
40 nicht nur Zeiten, in denen gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten verrichtet werden (Kinder-
41 erziehung, Pflege u.ä.) oder in denen aufgrund von Krankheiten, Behinderungen oder Arbeits-
42 losigkeit eine Erwerbsarbeit nicht aufgenommen werden kann. Auch Beschäftigte in prekären
43 Arbeitsverhältnissen oder in Teilzeit, die gern voll arbeiten würden, aber denen kein Vollzeit-
44 arbeitsplatz angeboten wird, haben ein Recht auf unsere Solidarität und dürfen in der Alters-
45 versorgung nicht mehr benachteiligt werden. Das derzeitige Äquivalenzprinzip ist dann so zu
46 modifizieren, dass geringe Rentenansprüche gestärkt werden und für extrem hohe Ansprüche
47 eine Degression gilt.

48 Das Ziel einer Bürgerversicherung im Rentensystem sollte zügig angestrebt werden und darf
49 sich nicht um Generationen hinziehen. Jetzt ist die Zeit zum Handeln.

50 Daher ist eine Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge erarbeitet, wie a) der Über-
51 gang auf das neue System gestaltet werden kann und wie b) die neue Rentenformel unter Ein-
52 beziehung aller Steuerpflichtigen mit allen Einkommensarten aussehen könnte. Dabei sind die
53 beschriebenen Prinzipien der Vermeidung von Altersarmut, der Lebensstandardsicherung und
54 eines gerechten Solidarausgleiches ebenso zu beachten, wie die jeweils nach altem Recht er-
55 worbenen Ansprüche.